

Beitrag Dr. Josef Taus

Mein Berufsleben habe ich mit 18 Jahren begonnen. Heute bin ich im 83. Lebensjahr, ich bin also fast 65 Jahre berufstätig. Auch im Gymnasium habe ich mir schon ein paar Schillinge verdient. Was habe ich nun in meinem Leben für wichtig gehalten. Mein Gott, ich weiß keine richtige Antwort. Ich war bei Vorgängen dabei, die vielleicht für Österreich eine Bedeutung gehabt haben. Ich will mich bei Gott nicht überschätzen und werde versuchen, die eine oder andere Episode kurz darzustellen, die vielleicht heute auch noch den einen oder anderen interessieren könnte. Ich werde meine Ansicht zu den Vorgängen darstellen, es ist aber leicht möglich, dass andere Menschen eine andere Ansicht haben.

Ich habe in meinem Leben, wenn ich Zeit hatte, relativ viel geschrieben und ich möchte meine Darlegungen beginnen mit Ausschnitten aus einem Aufsatz, der in der Publikation „Österreich die Zweite Republik“ die von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik 1972 im Styria Verlag herausgegeben wurde, erschienen ist. Ich möchte aus meinem Aufsatz „Parteien und Wirtschaft“ einige Passagen zitieren, die Hinweise auf meine politische und weltanschauliche Position geben.

Welche Zukunft erwartet das Land?

Wirtschaftspolitik ist mehr als ein Exerzierfeld für technokratische Übungen, sie ist Gesellschaftspolitik. Erfolg oder Misserfolg der Wirtschaftspolitik in einem entwickelten Industrieland entscheiden mit über die Position eines Staates in der Welt, über seinen Wohlstand, sein technisches, wissenschaftliches Gewicht, seine Zukunftschancen, vor allem über die Zukunftschancen seiner Jugend.

In der Wirtschaftspolitik spiegelt sich aber auch das politische System eines Landes wider, spiegelt sich wider, ob Freiheit herrscht oder Unfreiheit. Als Gesellschaftspolitik verstandene Wirtschaftspolitik ist mitverantwortlich für die Sicherung der politischen Demokratie oder ihren Ersatz durch ein anderes, mehr oder minder totalitäres System.

Die Mehrparteiendemokratie als Symbol einer pluralistischen Gesellschaft lebt im wirtschaftlichen Bereich aus der Existenz einer Vielzahl von selbständig disponierenden, ökonomischen Einheiten, die im Gewinn- und Verlustsystem zu einem erheblichen Teil die

Risiken ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen selbst zu tragen haben. Ihre Position in der Wirtschaft wird durch Erfolg oder Misserfolg ihrer Tätigkeit bestimmt. Verschwinden nun in zunehmenden Maß – vor allem im industriellen Bereich – selbständig disponierende Unternehmungen, wird ihnen die wirtschaftliche Entscheidung überwiegend durch

bürokratische, außerhalb des Unternehmens liegende Institutionen abgenommen, werden Risiken des Wirtschaftsprozesses weitgehend sozialisiert, muss die politische Demokratie verdorren, wird sie bestenfalls künstlich, aus irgendwelchen politischen Gründen, am Leben erhalten, hat aber ihre Grundlage, ja ihre Existenzberechtigung verloren. Die wirtschaftliche Willensbildung verlagert sich zunehmend in andere- in der Regel bürokratische – Institutionen, die der öffentlichen Kontrolle kaum mehr zu unterwerfen sind. Dabei darf Sicherung der parlamentarischen Demokratie nicht als Vorwand für eine konservierende Wirtschaftspolitik verstanden werden, ebenso darf aber nicht unter dem Vorwand der „Wissenschaftlichkeit“ der politische Charakter der Wirtschaftspolitik verdeckt werden. Der in der Öffentlichkeit oft erweckte Eindruck, wirtschaftspolitische Fragen seien in der keimfreien Atmosphäre wissenschaftlicher Sachlichkeit durch Einsatz hinreichenden Sachverständes eindeutig, rasch und optimal zu lösen, ist eine Gefahr für die Demokratie. Weder das politische noch das ökonomische System darf isoliert betrachtet werden; sie sind vielmehr ständig auf ihre Kompatibilität zu überprüfen!  
Ich will es bei diesem Zitat bewenden lassen.

Ich bin kein Liberaler, daher ist für mich klar, dass der Staat in der Wirtschaftspolitik unter den gegebenen Verhältnissen eine große Rolle zu spielen hat. Er muss nur darauf achten, dass der „Bürokratismus“ nicht überhand nimmt. Er muss alles unternehmen, um die Wirtschaft international konkurrenzfähig zu erhalten. Das geschieht in der Regel nicht durch ein Übermaß an „Regulierung“, die teuer ist und die Entwicklung bremst.

Eine für mich wichtige Zeitspanne war, als ich mit Fragen der Verstaatlichten Industrie beschäftigt war. Nach der Nationalratswahl 1966 zerschlugen sich die Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP. Die ÖVP hatte – Parteiobmann war Dr. Josef Klaus – die Nationalratswahl mit der absoluten Mehrheit der Mandate gewonnen.

Dr. Klaus lehnte, soweit ich mich erinnern kann, eine Koalition mit der FPÖ ab und hatte für diese Entscheidung offensichtlich im Parteivorstand eine Mehrheit erhalten, die im Wesentlichen von den traditionellen christlich Sozialen, damals noch die Kernwählerschaft der ÖVP, abgelehnt wurde. Es gab auch Stimmen, die für eine Koalition mit der FPÖ waren. Der Abbruch der Verhandlungen führte dazu, dass die ÖVP sehr schnell eine Alleinregierung bilden musste.

In dem riesigen Bundesministerium für Verkehr und Verstaatlichte Industrie wurde Dipl.-Ing. Dr. Weiß Minister, ich Staatssekretär mit der Zuständigkeit für die Verstaatlichte Industrie. Beruflich war ich damals in der Girozentrale und Bank der österr. Sparkassen AG, hatte

Prokura und eine Reihe von Funktionen im Sparkassensektor. Politisch war ich der Wirtschaftspolitiker des ÖAAB und als solcher Mitglied des AAB Bundesvorstandes. Ebenso war ich Wirtschaftspolitiker in der christlichen Fraktion des ÖGB, der damals Minister a. d. Erwin Altenburger vorstand und ich war im Dr. Karl Kummerinstitut, dem „Think-Tank des AAB“ tätig.

Ich war ziemlich überrascht und habe meine Nominierung zufällig in einer abendlichen ökonomischen Veranstaltung erfahren. Beruflich war die Entscheidung für mich nicht einfach, aber in der Giro wurde mir vom Aufsichtsratspräsidium mitgeteilt, wenn es nicht zu lange dauert, dann soll ich das machen. Über die Verstaatlichte Industrie möchte ich mich nicht im Detail verbreitern, es gibt genug Literatur darüber, aber auf eines möchte ich hinweisen. Die österreichischen Verstaatlichungsgesetze 1946 hatten keinen ideologischen Hintergrund, sie sind einstimmig beschlossen worden, aber die ÖVP hatte die absolute Mehrheit der Mandate im Parlament und hätte sie auch verhindern können, hat sie aber nicht. Sondern im Gegenteil, hat zugestimmt und eine positive Haltung eingenommen. Es ging ja um den wirtschaftlichen Aufstieg Österreichs.

Es gab einen Hintergrund, über den nicht viel geredet wurde, ein Mitglied des amerikanischen Hochkommissariats in Österreich, hatte der Regierung empfohlen, das sogenannte „Deutsche Eigentum“ zu verstaatlichen, um es damit dem Einfluss der

Sowjetunion entziehen zu können. Das hat nicht funktioniert, nur die Unternehmen in den Besetzungszonen der westlichen Alliierten, waren Österreich zur Verfügung gestellt. In der sowjetischen Zone hatte die Sowjetunion eine eigene Organisation, die „USIA“, die im Eigentum der Sowjetunion stand. Zu diesen Firmen gehörte unter anderem die ÖMV. Im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag musste Österreich diese Firmen von der Sowjetunion kaufen. Auch den Westalliierten musste im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag Zahlungen geleistet werden, soweit ich das weiß.

Ich war schon als sehr junger Mann, als wirtschaftspolitischer Referent des ÖAAB, mit Fragen der Verstaatlichten Industrie beschäftigt. War dann obendrein, als Dr. Heiligsetzer Finanzminister wurde, neben meinem Beruf in der Bank, Konsulent im Finanzministerium und bin dann für mich überraschend, nachdem Dr. Klaus Finanzminister wurde und ich mein Ränzchen im Finanzministerium schon gepackt hatte, von ihm gefragt worden, warum ich den Konsulentenposten verlassen wolle, ich sollte doch bei ihm weiterbleiben. Das hat mich überrascht, denn ich war der Wirtschaftspolitiker des ÖAAB und Dr. Klaus war ein wesentliches Mitglied der Reformbewegung der ÖVP, dieser ist ein Großteil des ÖAAB

skeptisch gegenüber gestanden. Trotz allem haben wir uns sehr gut verstanden, auch politisch. Immerhin Klaus war 1938 Sekretär von Johann Staud (1934 bis 1938 Vorsitzender des Staatsgewerkschaftsbunds und der Verwaltungskommission der AK für Wien und Niederösterreich) der im KZ umgekommen ist, und hatte daher auch enge Kontakte zu Dr. Karl Kummer, dem ich viel verdanke, menschlich, politisch und fachlich. Kummer war damals bis zu seinem Lebensende in der Arbeiterkammer Leiter der Arbeitsrechtsabteilung.

Das Dr. Karl Kummer Institut war das Zentrum der katholischen Soziallehre – breite Streuung des Eigentums, aber Akzeptanz des wirtschaftlichen Privateigentums, soziale Gerechtigkeit. Alles Probleme, die auch heute noch wesentlich sind. In der katholischen Kirche waren die Jesuiten Träger der Ideen der katholischen Soziallehre. Um es kurz zu machen, ich halte mich für ein „politisches Produkt“ des Kummerinstitutes. Nach dem Tod von Dr. Kummer bin ich auch Obmann des Instituts gewesen. Innerhalb der ÖVP war die ideologische Position des Kummerinstituts nicht einfach und es gab nicht wenige Gegner. Die Schriftenreihe des Instituts macht seine politische Bedeutung klar.

Ich begann dann meine Arbeit im Ministerium, hatte das Glück, dass ich Minister Weiß schon gut gekannt habe. Er war christlicher Gewerkschafter und ÖAABler. Ludwig Weiß gehörte zu den intelligentesten und gebildetsten Politikern, die ich gekannt habe. Er war Bundesbahner und Direktor der Bundesbahndirektion Villach. Die Verstaatlichte war seit Jahren in den 1960ern ein politischer Streitpunkt, auch innerhalb der ÖVP. Meine Aufgabe war nun die Organisation zu ändern. Ich habe nach harten politischen Auseinandersetzungen, auch in den eigenen Reihen, das „ÖIG-Gesetz“ durchgebracht, natürlich mit Hilfe von Weiß. Es war ein kleiner Fortschritt, ich war damit nicht zufrieden, und es ist dann doch gelungen aus der ÖIG die ÖIAG zu machen. Die mir schon weit besser gefallen hat.

Ich war kein Freund der totalen Privatisierung. Ich hatte damals, so jung ich war, eine gewisse nationale und internationale Erfahrung und fürchtete, dass diese, für Österreich bedeutenden Unternehmungen, dem österreichischen Einfluss weitgehend entzogen werden. Das ist auch später geschehen, ebenso mit den verstaatlichten Banken. Was ich wollte war die Verstaatlichte über den, zu entwickelnden, österreichischen Kapitalmarkt zu finanzieren, sie eng mit anderen, nicht verstaatlichten, österreichischen Unternehmungen zu verflechten, Tochtergesellschaften im Ausland zu gründen und den parteipolitischen Einfluss zu verringern, der sich sowohl auf Bundes- als auf Landesebene nicht immer positiv ausgewirkt hat. Ich bin dann nach meinem Ausscheiden aus der Bundesregierung, Aufsichtsratsvorsitzender der ÖIAG geworden. Überdies möchte ich eines festhalten. Die Organe der ÖIAG waren „koalitionär“ zusammengesetzt, mit einer Mehrheit der ÖVP.

Der Aufsichtsrat spielte eine erhebliche Rolle und dort saßen vernünftige erfahrene Männer aus beiden Parteien, mit denen man diskutieren konnte und die lösungsorientiert waren. Das hat der Politik nicht immer gefallen, aber BK Klaus und BM Weiß haben gehalten.

Einige kurze Episoden. Über die Bedeutung der ÖMV für die österreichische Wirtschaft braucht man nicht viele Worte verlieren. Es ist damals gelungen, mit der Sowjetunion langfristige Gasverträge abzuschließen, die im Prinzip heute noch gelten. Im Westen wurde das, man war mitten im Kalten Krieg, nicht überall goutiert. Es gab dann noch eine weitere Vereinbarung, mit den „Sieben Schwestern“ die die Öl-Fragen regelte. Das war ein wesentlicher Schritt für die Existenzsicherung der ÖMV. Auch der Vorstand der ÖMV bestand damals aus sehr vernünftigen Personen. Die wesentlich mitgewirkt haben. Die Gasverträge wurden damals nicht, wie es von der Sowjetunion verlangt wurde von der Republik unterschreiben, sondern von der ÖMV. Die Sowjets haben dem zugestimmt und damit sind wir innenpolitischen Diskussionen mehr oder minder ausgewichen. Ein kurzer persönlicher Hinweis: Nach dem Abschluss der Gasverträge wurde ich mit meiner Frau in die Sowjetunion eingeladen, wir besuchten unter anderem Tiflis, St. Petersburg (Leningrad) und natürlich Moskau.

Eine weitere Maßnahme war dann auch die Privatisierung der österreichischen Siemensbetriebe, die ja zum deutschen Eigentum zählten. Die österreichischen Firmen befanden sich in einer außerordentlich schwieriger wirtschaftlichen Lage. Als die Gespräche mit Siemens bekannt wurden, kamen aus der SPÖ Streikdrohungen. Wir haben dann mit dem Betriebsrat der österreichischen Siemensbetriebe gesprochen und ich habe sie gefragt, ob sie bereit wären zu streiken. Sie haben das dezidiert verneint. Der damalige Vorsitzende des Betriebsrates sagte: „Wir sind Siemensianer und wir wollen Siemensianer bleiben und wollen zum Mutterkonzern zurück!“ Die Privatisierung wurde durchgeführt, aber: Die ÖIAG hat sich 46,3 % des Aktienkapitals behalten und einige Jahre später hat die ÖIAG diese Beteiligung an Siemens verkauft. Jahre später hat sich das Verhältnis der SPÖ zu Siemens offenbar gewandelt. Der Aufsichtsratsvorsitzende Peter von Siemens besucht Wien und Bundeskanzler Dr. Kreisky gab ihm zu Ehren ein Essen und hielt eine Lobesrede auf die Firma Siemens. So ändern sich die Zeiten.

Ein Einschnitt in mein Berufsleben waren die vier Jahre als Parteiohmann der ÖVP. Ich habe mich von Jugend an sehr für Politik interessiert, aber im Wesentlichen für Wirtschaftspolitik und Grundsatzfragen. Ich hab gewusst was Parteiarbeit ist und ich habe die ÖVP gekannt, ein wenig auch die SPÖ. Ich war relativ jung Vorstandsvorsitzender der Girozentrale geworden, saß in nationalen und internationalen Aufsichtsräten und habe mich

selbstverständlich immer für Politik interessiert und war als junger Mann kurz in der Regierung, aber eine hauptberufliche Karriere als Politiker habe ich nicht angestrebt, das war bekannt. Als nach den Wahlsiegen von Dr. Kreisky, zunächst Dr. Klaus und dann nach der zweiten Wahlniederlage Dr. Widhalm als Parteiobmann zurück trat, hat Dr. Widhalm mich beim a.o. Parteitag 1971 als seinen Nachfolger als Parteiobmann vorgeschlagen. Ich habe abgelehnt und viele Delegierte haben mir das sehr übel genommen. Dr. Schleinzer ist dann gewählt worden, ein sehr fähiger Politiker, damit war die Sache für mich erledigt. Gute zwei Monate vor der nächsten Nationalratswahl 1975 verunglückte Dr. Schleinzer tödlich. Ich hatte, so wie bereits 1971 auch jetzt kein Interesse Parteiobmann zu werden. Es wurde mir, von prominenten ausländischen Meinungsforschern, dringend abgeraten dieses Amt zu übernehmen. Ich habe es gemacht, contre coeur. Wie es ausgegangen ist, ist bekannt und die Wahlergebnisse können aus der Statistik entnommen werden. Wie es wirklich war, kann man anhand der Reihe der Wahlergebnisse seit 1966 nachvollziehen. Mein persönliches Verhältnis zu Dr. Kreisky war nie schlecht.

Ich habe viele Jahre im Bankgeschäft gearbeitet, fast drei Jahrzehnte. Gegenwärtig erleben wir, aus den verschiedensten Gründen, eine erhebliche Änderung des Finanzsystems. Neue Regulierungswellen, Basel I, II, III und vielleicht auch noch IV überschwemmen den Kreditapparat und werden meiner Meinung nach, Österreich besonders stark betreffen. Wenn man die Wirtschaftsgeschichte seit der industriellen Revolution, etwa ab dem 19. Jahrhundert, betrachtet wird man sehen, dass die meisten Wirtschaftskrisen aus Finanzkrisen heraus entstanden sind. Dramatisch die Entwicklung in den Dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhundert mit hoher Arbeitslosigkeit, Diktaturen und schlussendlich dem wahnwitzigen Zweiten Weltkrieg. Das hatte zur Folge, dass vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg Regulierungen für den Kreditapparat geschaffen wurde.

Es gibt genug Literatur zu dieser Frage. Ich möchte aus einem Vortrag, den ich 1975 in der Schweiz gehalten habe, zitieren: „Bankwirtschaftliche Forschungen“ unter dem Titel „Banken und Wirtschaftsordnung“ 1975 erschienen. Die Schriftenreihe Bankwirtschaftliche Forschungen wurde vom Institut für schweizerisches Bankwesen der Universität Zürich und vom Institut für Bankwirtschaft an der Hochschule St. Gallen veröffentlicht.

Die systempolitische Bedeutung der Kreditinstitute

Zuerst ist die Frage zu klären, ob der Kreditapparat überhaupt eine besondere systempolitische Bedeutung hat oder ob dieses Problem nicht überschätzt wird. Seit der großen Krise der Dreißiger Jahre hat sich die Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber dem Kreditapparat in den meisten Staaten der westlichen Welt grundlegend gewandelt. Es gilt

heute für die Ordnungspolitik auf dem Gebiet des Kreditwesens weithin als selbstverständlich, dass das Betreiben von Bankgeschäften besonders staatlichen Regeln unterworfen ist und von besonderen Staatsorganen kontrolliert wird. Ebenso ist allgemein die Auffassung akzeptiert worden, dem Bankgewerbe komme im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen eine Sonderstellung zu. Das wachsende Gewicht der Geldpolitik, im Gefolge des Ausbaus des währungspolitischen Instrumentariums führt dazu, dass dem Kreditapparat eine Transmissionsfunktion für die immer umfangreicher werdenden währungspolitischen Maßnahmen auferlegt wird; dies wiederum bedeutet in der Regel neue währungspolitische Erfüllungsgehilfen. Diese Tendenz mag in den verschiedenen Staaten verschieden stark sein. Feststellbar ist sie aber doch fast überall.

Es ist vielleicht nicht üblich, im Zusammenhang mit dem Bankwesen gesellschaftspolitische Überlegungen anzustellen; ich halte es aber für notwendig, weil hinter jeder realen Analyse und den daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen ein gesellschaftliches Modell steht, sei dies nun bewusst oder unbewusst, weil die Komplexität unseres ökonomischen Systems unser Bewusstsein überfordert und wir daher Modelle brauchen, von denen wir annehmen, dass sie die Wirklichkeit einigermaßen simulieren.

Die Industriegesellschaften der westlichen Welt sind ex definitione dynamische Gesellschaften, oder anders formuliert: Es sind probabilistische Systeme mit vielen Freiheitsgraden. Die meisten wirtschaftlichen Entscheidungen sind dezentralisiert, die Gesellschaft nimmt hin, dass das Resultat von Nachdenken sich nicht in einem ideologisch vorbestimmten Rahmen einpassen muss, es sind allen Schwächen und Mängeln offene Gesellschaften, für welche die Möglichkeit der Änderung konstitutiv ist. Nicht die Veränderung, die die Richtung und die möglichen Alternativen angibt, kurz, die die menschliche Freiheit im politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Bereich erhält.

2011 wurde „Umverteilung NEU“ publiziert, wo wir versucht haben ein Sicherungssystem für den Kreditapparat zu entwerfen. Die Wirtschaftspolitik im Euro-Raum geht einen anderen Weg.

#### Umverteilung NEU

Ideen für die Zukunft von Wirtschaft und Finanzsystem / Josef Taus und Oliver Tanzer – 2011 by Styria premium

Der Mensch lebt mit dem Risiko, mit der Unsicherheit. Das Einzige, was wir tun können, um uns abzusichern, ist, dass wir uns auf allen Ebenen, im ökonomischen Bereich, auf der betrieblichen, der staatlichen, der internationalen Ebene, gewissermaßen einen „Werkzeugkasten“ erarbeiten, um ihn im Krisenfall einsetzen zu können. Ein solcher

Werkzeugkasten muss betriebliche, überbetriebliche und wirtschaftspolitische Maßnahmen enthalten. Das Finanzsystem spielt dabei eine entscheidende Rolle. Es muss möglich sein, eine Art Versicherungssystem aufzubauen, um Krisen, wenn wir es schon nicht schaffen, sie nicht entstehen zu lassen, zumindest rasch einfangen zu können. Je früher wir Krisensymptome erkennen, desto eher haben wir die Chance, Schlimmeres zu verhüten und unfreiwillige Vernichtung von Vermögen und letztendlich Steuergeld zu verhindern. Wir schlagen dazu ein mehrstufiges Sicherheitsnetz vor, das Banken und Anleger in turbulenten Zeiten schützt, dabei aber die notwendige Freiheit nicht vergisst, die das Wachstum ermöglicht. Das System sollte unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips aufgebaut werden. Wie auf EU-Ebene sollte auch auf nationale Ebene ein Schutzschirm aufgebaut werden.

Die Hierarchie der Sicherung sieht dann folgendermaßen aus:

- Sicherung auf Kreditinstitutsebene
- Sicherung auf EU-Mitglied-Ebene (einzelstaatliche Sicherung)
- Sicherung auf EU-Ebene
- Sicherung auf Weltebene oder, bescheidener formuliert: Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF)

Nehmen wir Europa und beginnen wir, unsere Überlegungen am Beispiel Österreichs zu entwickeln. Auf nationaler Ebene wird für jedes Land der Aufbau eines „Sicherungsfonds“ diskutiert. Das ist sicher nicht unvernünftig, es sollte aber bei jedem Finanzinstitut begonnen werden.

Setzen wir voraus, dass es nie möglich sein wird, sowohl praktisch als auch theoretisch eine 100-prozentige Sicherheit zu erreichen. Es wird stets ein nicht zu bezifferndes Restrisiko geben – das muss der Sparer, der Aktionär oder wer immer bedenken. Jedes Kreditinstitut sollte daher permanent eine allgemeine Risikorückstellung – jährlich zwischen 0,5 und 1 Prozent der Bilanzsumme – dotieren, wahrscheinlich aber nie mehr als 2 Prozent pro Jahr. Nehmen wir ein Kreditinstitut mit einer Bilanzsumme von 100 Milliarden, dann hieße das, dass es 500 Millionen bis 1 Milliarde jährlich zurückstellen muss (wobei das offen, aber auch nicht offen geschehen kann; wir erwähnen das, weil es nicht vernünftig ist, zu sagen: Eine Bank ist das wert, was man nicht sieht).

Wenn es nun 10 Jahre lang eine einigermaßen „normale“ Entwicklung gibt, wir nehmen eine „lineare Entwicklung“ an, dann müsste die Bank demnach bei 200 Milliarden Bilanzsumme zwischen 5 und 15 Milliarden Risikorückstellung haben; nicht zu vergessen, dass auch mit den Rückstellungen Geld verdient wird.

Sollte eine solche interne Gewinnabschöpfung erfolgen, dann würde übrigens auch die heftige Diskussion um hohe Boni ein Ende finden. Es würde dann, wenn die Bank gut



verdient, für die Mitarbeiter, vor allem für die leitenden, eine ordentliche Entlohnung geben, aber die Höhe der Gagen würde sich in Grenzen halten.

Ein Vorteil ist, dass diese Rückstellung Steuerabzugsposten sind, sodass der vielgeplagte Steuerzahler ohnehin schon bei dieser Vorgangsweise, welche die Steuerleistung der Bank reduziert, indirekt beiträgt. Allerdings sind hohe Verlustabdeckungen in der Krise für Bürger noch viel teurer. Man kann auch ein etwas anderes System wählen, das in die Risikorücklage zu führende Anteile vom Gewinn vor Steuern vorsieht. Da könnte man mindestens 10 bis 20 Prozent p. a. vorsehen. Der Sinn des Ganzen ist einfach: Nur Kapitalzuführung von außen vorzuschreiben, wie das Basel II und Basel III machen, ist der weniger vernünftige Weg, ist aber jeder Bank unbenommen. Es sollte jedoch um den Aufbau von Risikorückstellungen gehen, nicht um vorgeschriebene Emissionen, ohne Rücksicht auf die Kapitalmarktsituation, die anderen Emittenten, vor allem in der Realwirtschaft, den Zugang zum Kapitalmarkt erschweren.

Zum Schluss möchte ich aus dem 2015 erschienenen Buch „Österreich – wohin soll das Land gehen“ zitieren:

Österreich – Wohin soll das Land gehen?  
Überlegungen zur wirtschaftlichen Zukunft des Landes  
Hannes Androsch, Josef Taus – NWV Verlag GmbH

Österreich ist anders

Österreich hat aber ein spezielles Problem, dass viele der entwickelten Länder nicht haben. Die nachstehende Tabelle weist auf das Problem des österreichischen Finanzsystem hin, dass die meisten anderen Länder nicht haben, Wir haben den mit Abstand höchsten Anteil an Bankfinanzierungen für den Mittelbedarf der „Realwirtschaft“, verglichen mit den anderen Euro-Ländern. Das ist ein zentrales Problem für unsere weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Für Österreich, das im Wesentlichen sein Wachstum aus Erträgen der Firmen, aber in noch viel stärkerem Maße, mit Krediten finanziert, bedeutet

Basel III ist doch eine Gefahr. Wir haben keinen hoch entwickelten Kapitalmarkt, der zur Finanzierung der Unternehmen wesentlich beiträgt. Auch wenn wir beginnen, ihn aufzubauen, dauert es Jahre bis er funktioniert. Aber die österreichischen Banken werden

wahrscheinlich in Zukunft weniger Kredite erteilen können. Weiter sollten im Zusammenhang mit dem Aufbau eines österreichisch-spezifischen Kapitalmarktes Regeln für die Mitarbeiterbeteiligung geschaffen werden. Es wird keine großartigen Gesetzesänderungen geben müssen, einige wenige gesellschaftsrechtliche und steuerrechtliche Bestimmungen sollten für diesen Zweck geschaffen werden. Vielleicht wäre es möglich sie in einem

Mitarbeiterbeteiligungsgesetz zusammenzufassen. Das würde zweierlei bedeuten: Einmal eine breitere Streuung des Eigentums und zweitens zusätzliche Finanzierungsquellen für die Unternehmen.

Ich habe einiges, was mich in meinen Leben beschäftigt hat, kurz dargestellt. Am längsten die Bankprobleme. Dort ist zurzeit das Risiko für die österreichische Wirtschaft m.E. am größten.